



Medienkonferenz zum Start der JA-Kampagne

Datum: Montag, 18. Mai 2026
Zeit: Ca. 9.30 Uhr in der Pause des Kantonsrates
Ort: Bullingerkirche, Bullingerstrasse 8, 8004 Zürich
Zimmer: Im grossen Saal, 2. Stock

- ▶ **Kantonsrat Paul Mayer**, Unternehmer
- ▶ **Kantonsrat Martin Huber**, Projektleiter
- ▶ **Kantonsrat Stefan Schmid**, Landwirt und Betriebsökonom

Abstimmungskomitee «Stopp Prämien-Schock»

Paul Mayer (Präsident des Komitees), Kantonsrat und Unternehmer; **Stefan Schmid** (Vizepräsident des Komitees), Kantonsrat und Projektleiter; **Dieter Kläy**, Kantonsrat FDP; **Martin Hübscher**, Nationalrat; **Stefan Stutz**; **Denis Krasniqi**, Landschaftsgärtner; **Walter Staub**, Kantonsrat Zürich und Gemeindepräsident Flaach; **Stephan Weber**, FDP Kantonsrat und Dipl. Architekt FH SIA; **Peter Uhlmann**, Unternehmer; **Markus Kalt**, Rentner und alt Gemeinderat Winterthur; **Susanne Brunner**, Kantonsrätin; **Heinz Kyburz**, Präsident EDU Kanton Zürich; **Vilmar Krähenbühl**, Dipl. Bauing.ETH; **Tanja Lips**; **Christina Zurfluh Fraefel**, Kantonsrätin; **Nadia Fachrairad**, Informatikerin; **Karin Egli-Zimmermann**, alt Kantonsratspräsidentin; **Peter Schick**, Dipl. Bauleiter SBO und Kantonsrat SVP; **Orlando Wyss**, Gemeinderat; **Roman Mörgeli**, Gemeinderat und Unternehmer; **Dieter Tandler**, Buchhalter; **Peter Vogelsanger**, Software Developer; **Dr. med. Bernhard Sorg**, Haus- und Sportarzt; **Ursula Stauffer**, SVP Neftenbach, Kassierin; **René Isler**, Kantonsrat; **Anita Borer**, Kantonsrätin und Kommunikationsfachfrau; **Hansruedi Frey**, Pensionär; **Rochus Burtscher**, Kantonsrat; **Andreas Keiser**, Kantonsrat; **Daniel Wäfler**, Kantonsrat; **Domenik Ledergerber**, Landwirt und Kantonsrat; **Naemi Dimmeler**, Präsidentin Junge SVP Kanton Zürich; **Paul von Euw**, Kantonsrat; **Claudio Zihlmann**, Fraktionspräsident FDP Kantonsrat Zürich; **Marcel Suter**, Unternehmer und Kantonsrat; **Barbara Franzen**, Kantonsrätin; **Lorenz Habicher**, Betriebselektriker und Kantonsrat; **Markus Bopp**, Landwirt und Kantonsrat; **Patrick Walder**, Treuhänder, Kantonsrat; **Linus Meier**, RPK Mitglied; **Franco Albanese**, alt Kantonsrat und Unternehmer; **Samuel Balsiger**, Gemeinderat und Werber; **Martin Farner-Brandenberger**, Kantonsrat; **Martin Haab**, Nationalrat; **Christian Hartmann**, Stadtparlamentarier und Unternehmer; **Martin Huber**, Kantonsrat, Landwirt und Betriebsökonom; **Andreas Leupi**, Gemeinderat; **Thomas Matter**, Nationalrat und Unternehmer; **Therese Schläpfer**, Nationalrätin; **Dr. med. Dubravko Sinovcic**, Oberarzt; **Barbara Steinemann**, Nationalrätin; **Nicole Ward-Brändli**, Gemeindeschreiberin; **Urs Wegmann**, Kantonsrat und Landwirt

Die Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock» ist die kluge kantonale Lösung für die grösste Sorge des Mittelstandes

Seit vielen Jahren gehören die Gesundheitskosten und die steigenden Krankenkassen-Prämien im Sorgenbarometer zu den grössten Problemen der Schweizer Bevölkerung – und zwar über alle Altersgruppen hinweg. Am 14. Juni 2026 kann die Zürcher Stimmbevölkerung mit einem JA zur Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock: Für eine automatische Entlastung bei den Krankenkassen-Prämien» einen nachhaltigen Schutzmechanismus installieren.

Obwohl die Gesundheitskosten die grösste Sorge der Bevölkerung sind, hat die Politik es bislang nicht geschafft, einen Lösungsweg aufzuzeigen. Jahr für Jahr steigen die Krankenkassen-Prämien. **Für viele Mittelstandsfamilien ist die finanzielle Schmerzgrenze erreicht und die steigenden Gesundheitskosten werden für manche gar zur Armutsfalle.** Deshalb ist die Vorlage, die am 14. Juni zur Abstimmung kommt, so wichtig.

Mit einem JA zur breit aufgestellten Volksinitiative führen wir ein kluges System ein. «Wir schaffen einen fairen Automatismus. Wenn die Prämien steigen, steigt auch der Steuerabzug. Heute ist dieser Abzug starr und hinkt der Realität hinterher», erklärt **Kantonsrat und Unternehmer Paul Mayer**, warum das Initiativkomitee mit fast 6'700 gesammelten Unterschriften die Volksabstimmung herbeigeführt hat.

Die Zürcher Bevölkerung wird von den steigenden Krankenkassen-Prämien besonders hart getroffen. Dies zeigt der interkantonale Vergleich. **Zürich hat eine der höchsten Prämienbelastungen – und gleichzeitig die tiefsten Steuerabzüge für Krankenkassen-Prämien.** In allen umliegenden Kantonen dürfen die Menschen deutlich höhere Abzüge geltend machen. Der Kanton Zürich bildet das Schlusslicht! «Die Initiative korrigiert diese Benachteiligung. Sie sorgt dafür, dass sich die Abzüge schrittweise an die umliegenden Kantone angleichen. Nicht sprunghaft, nicht überrissen, sondern systematisch und fair», klärt **Kantonsrat und Projektleiter Stefan Schmid** die Funktion der Volksinitiative.

Die Volksinitiative «**Stopp Prämien-Schock**» ist keine Systemänderung und kein Angriff auf das Gesundheitswesen. Sie ist eine Entlastungsinitiative für den Mittelstand, für jene, die jeden Monat ihre Rechnungen pünktlich bezahlen, aber immer weniger Spielraum haben.

«Die Gegner behaupten, von der Initiative würden <nur Reiche> profitieren. Das ist irreführend. Abzüge entlasten alle Steuerpflichtigen proportional – und gerade der Mittelstand, der keine Prämienverbilligungen erhält und die vollen Prämien selbst trägt, profitiert am direktesten», fasst **Kantonsrat und Betriebsökonom Martin Huber** den klugen Schutzmechanismus, den die Volksinitiative installieren will, zusammen. **Stopp Prämien-Schock: Für eine automatische Entlastung bei den Krankenkassen-Prämien.**

Für Rückfragen:

Kantonsrat Paul Mayer, Unternehmer: 078 750 30 74

Kantonsrat Stefan Schmid, Projektleiter: 079 541 53 76

Kantonsrat Martin Huber, Betriebsökonom: 078 649 38 95



Referat

Paul Mayer, Kantonsrat und Unternehmer

Geschätzte Damen und Herren

Die Krankenkassen-Prämien gehören seit Jahren zu den am stärksten wachsenden Belastungen für unsere Haushalte. Seit der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung haben sich die Prämien im Kanton Zürich mehr als verdoppelt. **Besonders betroffen ist unser Mittelstand – Familien, die arbeiten, Verantwortung tragen und Jahr für Jahr mehr von ihrem Einkommen für die Grundversicherung aufwenden müssen.**

Und genau hier beginnt das Problem: Während die Prämien immer weiter steigen, passt sich das Steuersystem nicht an. Im Gegenteil – der Staat verdient sogar daran. Das ist nichts anderes als eine versteckte Steuererhöhung. Mit unserer Initiative «Stopp Prämien-Schock» setzen wir genau hier an.

Erstens: Wir schaffen einen fairen Automatismus. Wenn die Prämien steigen, steigt auch der Steuerabzug. Heute ist dieser Abzug starr und hinkt der Realität hinterher. Das führt dazu, dass die Menschen Steuern auf Geld bezahlen, das ihnen gar nicht mehr zur freien Verfügung steht.

Zweitens: Wir stoppen die doppelte Belastung. Heute passiert Folgendes: Eine Familie erhält beispielsweise 100 Franken mehr Lohn – gleichzeitig steigen die Krankenkassenprämien um 100 Franken. Real bleibt nichts übrig. Trotzdem wird dieser Betrag voll besteuert. Am Ende hat die Familie sogar weniger Geld als vorher. Das ist nichts anderes als kalte Progression – und schlicht unfair.

Drittens: Wir beseitigen einen klaren Standortnachteil. Im Vergleich zu anderen Kantonen ist Zürich besonders unattraktiv: höhere Prämien, aber deutlich tiefere Steuerabzüge. Während in anderen Kantonen die Prämien weitgehend oder sogar vollständig abzugsfähig sind, bleibt die Zürcher Bevölkerung auf einem grossen Teil der Kosten sitzen. Das benachteiligt unsere Bevölkerung massiv.

Darum sagen wir klar: **Wenn die Prämien steigen, darf der Staat nicht auch noch zulangen. Wir stoppen die versteckte Steuererhöhung.** Wir stoppen die kalte Progression. Wir stoppen den Prämien-Schock. Es geht um Fairness. Es geht um unseren Mittelstand. Es geht um Familien und all jene, die jeden Tag arbeiten und unser Land tragen. Oder einfach gesagt: Am Ende muss den Menschen wieder meh Stutz im Sack bleiben.

Darum: Ja zu unserer Initiative. Ja zu fairen Steuern. Ja zur Entlastung der Zürcher Bevölkerung. Ich danke Ihnen.



Referat

Stefan Schmid, Kantonsrat und Projektleiter

Geschätzte Anwesende, liebe Zürcherinnen und Zürcher

Jahr für Jahr erleben wir dasselbe: ein neuer Brief der Krankenkasse – und wieder eine Prämienhöhung. Für viele ist das kein Ärgernis mehr, sondern eine echte Belastung. Für Familien, für junge Erwachsene, für Rentnerinnen und Rentner. **Seit der Einführung der obligatorischen Krankenversicherung haben sich die Krankenkassen-Prämien im Kanton Zürich mehr als verdoppelt. Das ist ein Prämien-Schock – und zwar ein wiederkehrender.**

Genau hier setzt die Initiative «Stopp Prämien-Schock» an. Sie tut etwas sehr Einfaches, sehr Vernünftiges und vor allem etwas sehr Gerechtes: Wenn die Krankenkassen-Prämien steigen, sollen die Steuerabzüge automatisch mitsteigen. Heute ist das nicht der Fall. Und genau das ist das Problem. Denn was passiert aktuell? Die Prämien steigen – das Geld im Portemonnaie wird weniger. Aber der Staat tut so, als wäre dieses Geld noch da. Er besteuert Einkommen, das faktisch längst für Krankenkassen ausgegeben werden musste. Das ist eine schleichende Doppelbelastung durch Prämien und Steuern.

Die Initiative «Stopp Prämien-Schock» will diese steigende Doppelbelastung von Steuern und Prämien abschaffen. Nehmen wir ein konkretes Beispiel aus dem Abstimmungsbüchlein: Eine Familie erhält eine Lohnerhöhung von 100 Franken im Monat. Gleichzeitig steigen ihre Krankenkassen-Prämien ebenfalls um 100 Franken. Unter dem Strich bleibt der Familie keinen einzigen Franken mehr zum Leben. Und trotzdem muss sie jährlich die 1200 Franken versteuern, die sie gar nicht mehr zur Verfügung hat. Dies kumuliert sich – Jahr für Jahr.

Innert 5 Jahren versteuert die Familie plötzlich 6000 Franken Einkommen, das sie faktisch gar nicht hat. Mit ihren Prämien finanziert die Familie solidarisch das öffentliche Gesundheitswesen mit – von der Pflegeversorgung bis hin zur Gesundheitsversorgung im Asylwesen. Sie hat dabei keine Wahl, denn die Krankenversicherung ist obligatorisch. **Die Krankenkassen-Prämien sind eine staatlich verordnete Zwangsabgabe. Es ist umso stossender, dass der Staat auf diese Krankenkassen-Zwangsabgabe auch noch Steuern erhebt!** Das ist nicht gerecht – und genau diesem doppelten Prämien-Schock setzt die Initiative ein Ende.

Ein weiterer Blick ins Abstimmungsbüchlein zeigt: **Besonders stossend ist die Situation im interkantonalen Vergleich. Zürich hat eine der höchsten Prämienbelastungen – und gleichzeitig die tiefsten Steuerabzüge für Krankenkassen-Prämien.** In allen umliegenden Kantonen dürfen die Menschen deutlich höhere Abzüge geltend machen: in Zug, Schaffhausen, Thurgau, St. Gallen, Aargau – überall mehr als bei uns. Zürich bildet das Schlusslicht!

Die Initiative korrigiert diese Benachteiligung. Sie sorgt dafür, dass sich die Abzüge schrittweise an die umliegenden Kantone angleichen. Nicht sprunghaft, nicht überrissen, sondern systematisch und fair. Die Initiative ist keine Systemänderung und kein Angriff auf das Gesundheitswesen. Sie ist eine Entlastungsinitiative für den Mittelstand, für jene, die jeden Monat ihre Rechnungen pünktlich bezahlen, aber immer weniger Spielraum haben.

Wir wollen nicht weiterzusehen, wie steigende Krankenkassenprämien still und heimlich zu höheren Steuern führen! Wir wollen endlich die doppelte Abstrafung der Prämienzahlerinnen und Prämienzahler beenden! Darum heisst es am 14. Juni: JA zur Initiative «Stopp Prämien-Schock»!



Referat

Martin Huber, Kantonsrat und Betriebsökonom

«Stopp Prämien-Schock»

Faire Steuern. Weniger Staatszugriff. Mehr Eigenverantwortung.

Ausgangslage: Zürich bestraft Eigenverantwortung

Die Krankenkassenprämien im Kanton Zürich sind seit Einführung der obligatorischen Krankenversicherung auf über 5'900 Franken pro Jahr gestiegen – und der Steuerabzug hinkt massiv hinterher: Erlaubt sind heute nur 2'900 Franken (Alleinstehende) resp. 5'800 Franken (Verheiratete). Das ist weniger als die Hälfte der tatsächlichen Prämien. **Resultat: Der Staat kassiert Steuern auf Geld, das der Bevölkerung gar nicht mehr zur freien Verfügung steht. Das ist strukturell ungerecht – und aus liberaler Sicht schlicht nicht akzeptabel.**

Was die Initiative verlangt

Die Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock» von SVP und FDP verlangt einen automatischen Mechanismus: Steigen die Krankenkassen-Prämien, steigt der Steuerabzug im gleichen Umfang mit. Der Abzug wird an die Entwicklung der kantonalen Durchschnittsprämie gekoppelt – transparent, regelbasiert und ohne staatliches Ermessen.

Drei liberale Argumente für ein JA

1. Eigenverantwortung darf nicht bestraft werden, Wer sich um seine Gesundheit kümmert, seine Prämien bezahlt und auf staatliche Subventionen verzichtet, soll dafür nicht steuerlich schlechter gestellt werden. Der heutige Abzug ist eingefroren – real sinkt er. Das ist eine versteckte Steuererhöhung auf Kosten des selbstverantwortlichen Mittelstands.
2. Kalter Progression entgegenwirken Eine Familie erhält 100 Franken Lohnerhöhung – gleichzeitig steigen die Prämien um 100 Franken. Netto bleibt nichts. Trotzdem wird die Lohnerhöhung voll versteuert. Das ist kalte Progression im Gesundheitsbereich.
3. Regelbasiert statt Ermessenspolitik Der Automatismus ist das liberale Gegenmodell zur Giesskannenpolitik der Linken. Der Mechanismus wirkt für alle gleich, transparent und planbar – das schafft Verlässlichkeit für Haushalte.

Linkes Gegenargument – und die Antwort

Die SP behauptet, von der Initiative würden «nur Reiche» profitieren. Das ist irreführend. Abzüge entlasten alle Steuerpflichtigen proportional – und gerade der Mittelstand, der keine (oder nur geringe) Prämienverbilligungen erhält und die vollen Prämien selbst trägt, profitiert am direktesten.